

Abrüstung jetzt

Nach einer kurzen Unterbrechung Anfang der 90er Jahre steigen die Rüstungsausgaben wieder – auch in der Bundesrepublik. Bei der weltweiten Ächtung, Kontrolle und Vernichtung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen drohen neue Rückschläge. Die USA forcieren den Aufbau einer neuen Raketenabwehr-Rüstung, die mehr Unsicherheit bringt.

Das neue strategische Konzept der NATO ist auf weltweite Intervention zur Durchsetzung strategischer Interessen – Öl, Gas, Wasser, zur Abwehr von Fluchtbewegungen und zur Sicherung von Handelswegen – ausgelegt. Aus einem Verteidigungsbündnis wurde ein Interventionsbündnis. Militärische Konfliktlösungen werden mehr und mehr zur Normalität. Doch es gibt Alternativen zur Militärlogik.

Die Logik des Friedens beruht auf vorausschauender Politik, auf wirtschaftlichem und sozialem Interessenausgleich, auf dem Ausbau ziviler Instrumente der Konfliktbewältigung, auf der intensiven Förderung des Dialogs der Kulturen. Sie zielt auf die Überwindung militärischer Strukturen und Instrumente. Ein Deutschland ohne Bundeswehr sowie eine Welt ohne Krieg sind und bleiben Ziel der Politik der PDS.

Dieser Logik zum Durchbruch zu verhelfen, ist eine langfristige Aufgabe, die unverzüglich begonnen werden muss.

Die Ernsthaftigkeit vorbeugender und nachhaltiger Konfliktbearbeitung muss sich an Haushaltszahlen messen lassen. Die Mittel für zivile Konfliktlösungen, darunter für den zivilen Friedensdienst und die Friedens- und Konfliktforschung, müssen kräftig angehoben werden. Wir wollen, dass das Militärbündnis NATO aufgelöst und durch kollektive Sicherheitsstrukturen im Rahmen der UNO und ihrer Regionalorganisationen, wie der OSZE, ersetzt wird. Unmittelbar treten wir dafür ein, dass die Bundesrepublik ihre Beteiligung

am neuen strategischen Konzept der NATO aufkündigt, ihre Unterstützung für das gegenwärtige Auf- und Umrüstungsprogramm der NATO zurückzieht und auf der Aufhebung der nuklearen Erstschlagsdoktrinen besteht. Neuen Erweiterungen der Allianz werden wir nicht zustimmen.

Wir halten an unseren Vorschlägen für eine mittelfristige Bundeswehrreform fest. 100.000 Soldaten und Soldatinnen sind mehr als ausreichend, um den grundgesetzlichen Auftrag der Landesverteidigung zu erfüllen. Da die Bundesrepublik nur noch von Freunden und Partnern umgeben ist, bedeuten einseitige Abrüstungsschritte nicht weniger, sondern mehr Sicherheit. Wir wollen eine aus Zeitsoldaten zusammengesetzte Freiwilligen-Armee anstelle der allgemeinen Wehrpflicht. Wir fordern einen Stopp der umfangreichen Modernisierungs- und Beschaffungsprogramme, mit denen die Bundeswehr für weltweite Militäreinsätze fit gemacht werden soll. Die Personalstärke der Bundeswehr soll schrittweise reduziert werden, die frei werdenden Mittel im Wehretat sollen zu 80% in einen Konversionsfonds des Bundes überführt werden, um in den Standort-Regionen den sozial- und umweltverträglichen Übergang von militärischen zu zivilen Arbeits- und Sozialstrukturen zu ermöglichen. Ein Fünftel soll in internationale Kooperations- und Entwicklungsprojekte des Bundes fließen. Um diesen Umstellungsprozess zu organisieren, ist ein Bundesamt für Rüstungskonversion und Abrüstung unumgänglich.

Wir werden weiter darauf drängen, dass Rüstungsexporte verboten werden und dass in der nächsten Legislaturperiode eine deutliche Reduzierung bei den Waffenausfuhren erreicht wird.

(...)

Quelle: <http://www.pds2002.de/positionen/programm/teil06.htm>.

Nachrichten – mit und ohne Kanten

– »Superministerium«: Für die meisten Politiker in Washington kam Bushs Ankündigung, »die größte Umstrukturierung in der US-Administration seit 55 Jahren« vornehmen zu wollen, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ohne die Parlamentarier vorher informiert zu haben, wandte sich der US-Präsident via Fernsehen an das Volk und erklärte die Schaffung eines »Ministeriums zum Schutze der Heimat« (das Abendblatt berichtete).

Die neue Superbehörde soll nach dem Verteidigungsministerium das zweitgrößte Ministerium der US-Regierung werden. Hauptaufgabe der neuen Behörde wird es sein, »die

Effektivität von Sicherheitsstellen zu erhöhen und den Schutz vor Terroranschlägen zu verbessern«.

Dafür sollen keine neuen Beamten eingestellt werden, sondern nur einzelne Abteilungen aus insgesamt acht Ministerien und mehr als 100 Behörden ausgegliedert werden. Nach den Berechnungen des Weißen Hauses soll das neue Ministerium über 169 154 Angestellte und einen Jahreshaushalt von 37,45 Milliarden Dollar verfügen. So würden in Zukunft zahlreiche Organisationen wie Zoll, Küstenwache, Einwanderungsbehörde, Grenzkontrolle und das Bundesamt für Katastrophenschutz eng zusammenarbeiten. Auch die Bundespolizei

FBI sowie die Geheimdienste CIA und NSA müssten ihre Erkenntnisse an das Ministerium für Heimat-schutz weiterleiten, würden ihre Unabhängigkeit allerdings behalten.

Während Politiker aller US-Parteien den überraschenden Schritt von George W. Bush grundsätzlich begrüßten, gab es von Seiten der Demokraten vereinzelte Kritik über den Zeitpunkt. Die Ankündigung kam, während die Spitzen von FBI und CIA vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingestehen mussten, dass es innerhalb ihrer Organisationen im Vorfeld der Anschläge des 11. September, »gravierende Kommunikationsprobleme« gegeben habe. Der demo-

kratische Senator Patrick Leahy, der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, spekulierte, ob die Bush-Administration durch diese Ankündigung »von ihren Versäumnissen im Zusammenhang mit den Anschlägen des 11. September ablenken will«. Unter Experten wird Bushs Schritt als politische Niederlage angesehen, da die Opposition bereits kurz nach den Anschlägen solch ein Ministerium gefordert hatte.

Die Kritik an den massiven Kommunikationslücken zwischen FBI, CIA und NSA zwang Bush zum raschen Handeln. Angesichts der Parlamentswahlen in fünf Monaten will der Präsident einen Skandal verhindern.

Doch selbst wenn sich das Gros der Politiker über die Notwendigkeit des neuen Ministeriums einig ist, gilt es als sicher, dass seine Schaffung eine schwere Geburt wird. So ist die Zustimmung von insgesamt 88 Parlamentsausschüssen notwendig. Einige Parlamentarier haben bereits Widerstand angekündigt. Auch bei FBI und CIA befürchtet man eine Schwächung durch die Integration in das neue Superministerium. Dieses soll Anfang 2003 aus der Taufe gehoben werden.« (HA 8.9.6.02)

– »Panik«: »Ein Brief aus Washington löste im Brüsseler Nato-Hauptquartier Unruhe aus, die schon an Panik grenzt. Unerwartet hatte US-Präsident George W. Bush die Allianz gebeten, den amerikanischen General William F. Kernan von seiner Aufgabe als Nato-Kommandeur Atlantik (Saclant) zu entbinden. Was aussieht wie eine Personalie, gilt in Brüssel als politisches Alarmzeichen, das die Abkehr der Neuen von der Alten Welt signalisieren könnte. Denn ein Nachfolger für Kernan, gleichrangig mit dem Nato-Oberbefehlshaber für Europa höchster militärischer Führer der Allianz, wird vorerst nicht ernannt. In Washington gilt der Saclant-Posten weithin als überflüssig. Würde das in Norfolk (Virginia) stationierte Kommando jedoch aufgelöst, wäre die Nato in den USA kaum noch vertreten. Mit seiner Abschaffung zerbräche das wichtigste transatlantische Bindeglied. Zentrale Aufgaben wie die Sicherung der Seewege zwischen Amerika und Europa oder der Oberbefehl über die amerikanischen Raketen-U-Boote, die im Kriegsfall Saclant unterstehen, müssten neu geregelt werden. Entscheidende Bereiche werden jedoch schon heute der Bündnisplanung entzogen. So wird am 1. Oktober das neue Northern Command (USNorthcom) geschaffen, das für die Heimatverteidigung der USA verantwortlich ist. In dessen Zuständigkeit fallen auch große Teile des Atlantiks, den die U.S. Navy bislang gemeinsam mit den Bünd-

nismarinen überwachte. Die Abkoppelung der Vormacht von der Allianz zeigt sich in Washingtons neuer Militärdoktrin auch bei der Zusammenlegung des Weltraumkommandos mit der strategischen Einsatzzentrale. Damit werden alle Angriffsoperationen unter alleiniger US-Hoheit gebündelt, auch konventionelle Optionen, die bislang von der Nato geplant wurden. Militärs in Brüssel befürchten zudem, dass dadurch der Unterschied zwischen herkömmlicher und nuklearer Kriegführung verwischt werden könnte.« (Spiegel 29/02)

– Szenario: »Der Angriff erfolgt im Morgengrauen – noch bevor die ersten Sonnenstrahlen die Kuppeln der Moscheen von Bagdad aufflammen lassen. Schwerebewaffnete Kommandos der US-Elitegruppe Delta Force, unterstützt von Sondereinheiten des Geheimdienstes CIA sowie britischen SAS-Kameraden, stürmen jenen Palast, in dem sich Staatschef Saddam Hussein in dieser Nacht aufhält. Seine Leibgarde wird überwältigt, Saddam von Hubschraubern der »Night Stalkers« ausgefliegen – in die Gefangenschaft.

Zur gleichen Zeit schalten US-Marschflugkörper und Stealth-Bomber der Typen B-1 und F-117 die Befehls- und Kommunikationszentren der irakischen Streitkräfte aus. Elitesoldaten der Army Rangers und der Navy Seals greifen derweil Nervenpunkte der irakischen Militär-Infrastruktur an. Während die Seals vom Persischen Golf her Marinestützpunkte attackieren, springen andere US-Schattenkrieger mit lenkbaren Fallschirmen ab.

CIA-Sondertruppen leiten indes irakische Oppositionsverbände beim Angriff auf Bagdad an. Apache-Kampfhubschrauber und fliegende Zerstörer des Typs AC-130 kämpfen jeden Widerstand am Boden nieder. Unter der massiven

Attacke zerfällt Iraks demoralisierte Armee rasch, das Regime von Saddam ist am Ende.

So etwa könnte jenes Szenario aussehen, das der amerikanischen Administration unter George W. Bush vorschwebt. Ungeachtet der Warnungen seiner Generäle hat der Präsident den Einsatz von Spezialeinheiten bereits genehmigt und der CIA Vollmachten gegeben, den gewaltsamen Sturz Saddams herbeizuführen.

Nach Informationen der »Washington Post« hat der Texaner auch erlaubt, den irakischen Despoten zu töten – ein Punkt, der lebhaft Debatten unter Völkerrechtlern auslösen dürfte.

Doch umstritten ist der geplante Bush-Krieg nicht nur juristisch – selbst Militär und CIA haben größte Bedenken. Bei mehreren Treffen im Pentagon soll die Generalität der Administration zunächst einmal dringend von einer groß angelegten Invasion Iraks abgeraten haben. Die »New York Times« schrieb, geheime Kriegssimulationen im Pentagon hätten ergeben, dass die USA diesen Waffengang nur unter größten Anstrengungen gewinnen könnten. Man werde mindestens 200 000 Mann benötigen und zahllose Opfer in blutigen Straßenkämpfen zu beklagen haben.

Doch selbst von der Option, nur Spezialeinheiten einzusetzen, halten die US-Generäle nicht viel. Denn Irak ist nicht Afghanistan. Die irakische Opposition ist zersplittert und schwach. Eine festgefügte Rebellentruppe wie die afghanische Nordallianz, derer man sich als Stoßdegen bedienen konnte, gibt es hier nicht.

Iraks Regierungstruppen sind dagegen relativ gut ausgerüstet, ihre

Offiziere entweder durch Überzeugung oder blanke Angst loyal – viele Offiziersangehörige sind Geiseln des Regimes.

Der allgegenwärtige und ultrabrutale Geheimdienst Saddams, einer der effektivsten der ganzen Region, hat das Land mit einem System des Terrors durchdrungen, jedes Aufbegehren wird blutig erstickt. Wie das US-Magazin »Time« berichtet, ist der Machtkern des Geheimdienstapparates die Jihaz al-Amin al-Khas, die »Spezielle Sicherheitsorganisation«. Sie wird von Saddams Sohn Kusay (36) geleitet, der seinem Vater an Grausamkeit und Verschlagenheit kaum nachsteht.

Der Tyrann aus Takrit, der sein Nachtquartier täglich wechselt, ist umgeben von einer fast undurchdringlichen Phalanx aus Bodyguards. Den inneren Ring, genannt al-Himaya, besetzen nur Blutsverwandte. Der äußere Ring, der Murafikun, besteht aus weiteren Verwandten und Angehörigen befreundeter Familien.

Saddam unterhält eine Armee von 424 000 Soldaten plus 650 000 Mann Reserve. 2 200 Panzer, 316 Kampflugzeuge und 375 Hubschrauber stellen auch dann ein erhebliches Risiko dar, wenn man einräumt, dass allenfalls die 100 000 Mann der elitären Republikanischen Garden als vergleichbare Gegner gelten.

CIA-Chef George Tenet soll gegenüber Bush die Erfolgchancen einer Militäroperation gegen Saddam auf 10 bis 20 Prozent geschätzt haben. Die sechs US-Stabschefs gaben außerdem zu bedenken: Ein bedrängter Saddam werde nicht zögern, biologische und chemische Waffen gegen US-Truppen oder andere Staaten wie Israel einzusetzen.« (HA 18.6.02)